

Das grosse «V» der SVP als Verpflichtung

Ja zu AHV und Lex Friedrich, Nein zur SP/SGB-Initiative

An der Delegiertenversammlung in Freiburg quittierte die sich in kantonalen Wahlerfolgen sonnende SVP Angriffe von CVP und FDP mit Irritation und forderte zum bürgerlichen Schulterchluss gegen den gemeinsamen politischen Gegner auf. Zu den Abstimmungsvorlagen vom 25. Juni wurde zweimal die Ja- und einmal (bei der SP/SGB-Initiative) die Nein-parole ausgegeben.

fre. Freiburg, 13. Mai

Nach den spitzen Bemerkungen der letzten Wochen aus andern bürgerlichen Mündern zur Zuverlässigkeit des in kantonalen Wahlen erfolgreichen Regierungspartners SVP war an der von etwas über 200 Personen besuchten Delegiertenversammlung der *Schweizerischen Volkspartei* am Samstag in Freiburg die Reihe an SVP-Präsident und Ständerat *Hans Uhlmann* (Thurgau), einige Pfeile zurückzuschliessen. Die SVP sei ein verlässlicher Regierungspartner: «Sie betreibt – wohl im Gegensatz zu CVP und FDP – eine gradlinige, konsequente Politik. Die Bürger wissen, woran sie mit der SVP sind, und sie wissen, dass die SVP Mehrheitsentscheide respektiert. Es ist dieser gerade, konsequente Weg, den man auch als unser Gütesiegel bezeichnen könnte.» Bei 49 Vorlagen der Legislatur habe die SVP 41mal den Bundesrat unterstützt und 41mal die Volksmeinung getroffen. «Das «V» in unserem Namen verpflichtet!»

Bürgerlicher Schulterchluss

Wenn man der SVP vorwerfe, sie sei die Partei der Unzufriedenen und der Neinsager geworden, welche sie bei Wahlen einfach «abholen» könne, sei zuerst einmal festzustellen, dass letzteres ja schliesslich nicht verboten sei. Und wenn sich viele Bürger von der bisher gewählten Partei nicht mehr vertreten fühlten, sei das wohl *kaum die Schuld der SVP*. Viel naheliegender als Gedankenspiele um neue Koalitionen, wie sie etwa die SP mit der FDP anstrebe, wäre ein bürgerlicher Schulterchluss und der Verzicht auf Kräfteverschwendung in Grabenkämpfen.

Nach unbestrittenen Ergänzungen des Zentralvorstandes wurden mit der Parolenfassung zur Lex Friedrich und zu den beiden AHV-Vorlagen vom 25. Juni die Haupttraktanden der DV in Angriff genommen. Letztere passierten erwartungsgemäss – nach der Vorstellung und einer Podiumsdiskussion von Nationalrat *Toni Bortoluzzi* (Zürich) und *Serge Gaillard* (SGB) unter der Leitung von Rolf Camenzind – der bisherigen Haltung der Partei entsprechend. Mit *200 zu 0 Stimmen* wurde der 10. AHV-Revision zugestimmt und mit *199 gegen 0* die SP/SBG-Initiative abgelehnt.

Drei zu eins für revidierte Lex Friedrich

Nicht ganz so selbstverständlich war der Ausgang der Diskussion zur Lockerung der Lex Friedrich, war die Fraktion in dieser Frage doch nur knapp (12 gegen 8, bei 3 Enthaltungen) dem

Bundesrat gefolgt. Insbesondere die Zürcher Nationalräte Werner Vetterli und Max Binder benützten die Gelegenheit, nach den Referaten der Nationalräte *Samuel Schmid* (Ja, Bern) und *Markus Ruf* (Nein, Schweizer Demokraten, Bern) die Lockerung vor allem in einen aus ihrer Sicht unerwünschten Zusammenhang mit dem freien europäischen Personenverkehr zu stellen und sich zudem für die *Auslandschweizer* einzusetzen, die nur noch dann von der Lex Friedrich ausgenommen werden, wenn sie mindestens fünf Jahre in der Schweiz gelebt haben; letzteres wurde ebenfalls von Pro-Rednern als unschön empfunden. Vetterli vermisste auch den für Frühjahr in Aussicht gestellten Bericht Füg zu den Auswirkungen der Lex Friedrich. Andere Votanten wiesen demgegenüber vor allem darauf hin, dass eine Partei, welche die *Deregulierung* in ihrem Programm habe, mit einer Gegnerschaft gegen die Revision quer in der Landschaft stünde und dass Auswüchse der Bautätigkeit mit raumplanerischen Mitteln und nicht mit denen der Lex Friedrich anzugehen seien. Verschiedentlich wurde zum Ausdruck gebracht, dass man zu einer Lockerung Ja sagen könne, einer späteren Aufhebung hingegen skeptisch begegnen würde.

Nachdem sich noch Bundesrat *Adolf Ogi* für die Vorlage eingesetzt und unter anderem erklärt hatte, es bestehe die Gefahr, dass Schweizer Bürger im Ausland mit Gegenmassnahmen schikaniert würden, folgten die Delegierten dem Antrag des Zentralvorstandes (18 Ja gegen 6 Nein) im praktisch gleichen Verhältnis und gaben mit *153 gegen 53 Stimmen* die Ja-Parole heraus. Zum Abschluss forderte Uhlmann die Delegierten noch auf, für zahlreichen Besuch am *Wahlkampf-Parteifest* der SVP vom 19. August im aargauischen Holziken besorgt zu sein. Das Festzelt, prognostizierte er, werde mit mindestens 1000 Personen bis zum letzten Platz besetzt sein.



An der Delegiertenversammlung der SVP in Freiburg bespricht sich Bundesrat Adolf Ogi (Bildmitte) mit Generalsekretärin Myrtha Welti und Parteipräsident Hans Uhlmann. (Bild Reuter)

Laues Ja der EVP zur 10. AHV-Revision Präsentation der Wahlplattform

Ohne Begeisterung haben die Delegierten der EVP die Ja-Parole zur 10. AHV-Revision beschlossen. Eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen soll in Kauf genommen werden, um die Vorteile der Revision nicht aufs Spiel zu setzen. Zur AHV-Initiative empfiehlt der Zentralvorstand ein Nein, zur Revision der Lex Friedrich ein Ja.

bst. Bern, 13. Mai

Mit 80 zu 31 Stimmen haben die Delegierten der Evangelischen Volkspartei (EVP) zwar deutlich die Ja-Parole zur 10. AHV-Revision verabschiedet, doch haben sie sich mit wenig Enthusiasmus zu diesem Ja durchgerungen. Unbehagen bereitete die Erhöhung des Frauen-Rentenalters. Die Delegierten folgten der Argumentation von Nationalrat Max Dünki (evp., Zürich), der die Abstimmungsvorlage aus befürwortender Sicht vorstellte. Die Revision vereinige unbestrittene Vorteile – Rentensplitting, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, höhere Renten für Personen mit bescheidenem Einkommen – und die umstrittene Erhöhung des Rentenalters für Frauen in einer Vorlage. Dünki wandte sich grundsätzlich gegen die Anhebung des Rentenalters, doch würden mit einem Nein die positiven Errungenschaften des neuen Gesetzes geopfert, gab er zu bedenken. Zähneknirschend sei einzugestehen, dass die erwünschten Erneuerungen nur mit einem Ja zur 10. AHV-Revision zu realisieren seien. Auch die Frauenkommission der EVP schloss sich diesen Überlegungen an und sprach sich für ein Ja aus. Dünki signalisierte, dass die Erhöhung des Rentenalters mittels einer Volksinitiative wieder rückgängig zu machen sei. Er gehört einem entsprechenden Initiativkomitee des kaufmännischen Verbandes an.

Nationalrat Hugo Fasel (cyp., Freiburg), Präsident des Christlichnationalen Gewerkschaftsbundes (CNG), plädierte für die Verwerfung der AHV-Vorlage. Ein höheres Rentenalter für

Frauen sei zu verhindern. Einmal im Gesetz verankert, sei es kaum mehr zu korrigieren. Es würde zudem eine künftige Senkung des Rentenalters der Männer verunmöglichen. Ein Nein des Volkes schaffe den politischen Druck, die 10. AHV-Revision ohne höheres Rentenalter durchzuführen.

Die Parolen zu den anderen beiden Vorlagen hat der Zentralvorstand bereits vor der Delegiertenversammlung gefasst. Zur AHV-Initiative von SP und Gewerkschaftsbund empfiehlt er ein Nein. Sie sei ein Angriff auf das Dreisäulenprinzip und nicht finanzierbar. Der Lockerung der Lex Friedrich stimmt er zu.

Im Hinblick auf den Wahlherbst hat die EVP ihre parteipolitischen Ziele in einer Wahlplattform zusammengefasst, die sie am Parteitag in Bern präsentiert hat. Sie versteht sich als menschenorientierte Partei, Leitmotiv ihres Handelns ist das «E» in ihrem Namen. In der Familienpolitik tritt sie für eine Mutterschaftsversicherung und die Harmonisierung der Kinderzulagen ein. Dezidiert wendet sie sich gegen die Fristenlösung. In der Umwelt- und Energiepolitik befürwortet sie Lenkungsabgaben und verlangt nach der Kostenvahrheit im Verkehr. Bei der Drogenpolitik setzt sie auf Prävention und merkt an, dass Alkohol die weitestverbreitete Droge sei. Die Schuldenwirtschaft der öffentlichen Hand erachtet sie auch als ethisch verwerflich. In der Marktwirtschaft will sie sich für soziale Verantwortung einsetzen und lehnt mehr Sonntagsarbeit ab. Zur Integrationspolitik gibt sich die Partei zurückhaltend: Bevor die Beitrittsfrage neu beurteilt werden könne, seien die bilateralen Verhandlungen mit der EU zu Ende zu führen.

Stark machen will sich die EVP für die Reform der Bundesverfassung. Diese sei von ethischer und geistiger Tragweite, betonte Nationalrat *Otto Zwýgart* (Bern), Zentralpräsident der EVP. Generalsekretär *Daniel Reuter* versicherte den Delegierten, die Partei habe gute Chancen für die kommenden eidgenössischen Wahlen. Positive Resultate der jüngsten Wahlen auf kantonaler (insgesamt zwei Sitzgewinne in den Kantonsparlamenten) und kommunaler Ebene zeigten, dass die EVP keineswegs zwischen den Blöcken zerrieben werde.

LdU für 10. AHV-Revision

Ja zur Revision der Lex Friedrich

Aarau, 13. Mai. (sda) Der Landesring der Unabhängigen (LdU) empfiehlt die 10. AHV-Revision zur Annahme. Auch zur Revision der Lex Friedrich fasste der LdU an seinem Parteitag vom Samstag in Aarau die Ja-Parole. Nein sagten die Delegierten hingegen zur Initiative von SP und SGB für einen Ausbau von AHV und IV.

An einer Podiumsdiskussion machte sich der Aargauer LdU-Nationalrat *Samuel Meier* für die 10. AHV-Revision stark. Die geplanten Neuerungen machten die AHV noch sozialer. Deshalb müssten die positiven Reformen der Revision am 25. Juni «in Sicherheit gebracht werden». Danach dürfe jedoch nichts unterlassen werden, um die Erhöhung des Rentenalters für Frauen wieder zu korrigieren. Die Rentenerhöhung bezeichnete Meier als den von den Bürgerlichen geforderten Preis für die anderen Verbesserungen.

Gegen die Vorlage referierte *Albert Jörimann*, Zentralsekretär der Schweizerischen PTT-Union. Der Kontrareferent versuchte vergeblich, die LdU-Delegierten davon zu überzeugen, dass mit einer Annahme der 10. AHV-Revision Signale ge-

setzt würden, welche die Sozialpolitik längerfristig beeinflussen würden. Jörimann wies darauf hin, dass auf Grund einer Erhöhung des Frauenrentenalters bis zu 30 000 Arbeitsstellen nicht frei würden und deshalb eine Umlagerung von der AHV zur Arbeitslosenversicherung (ALV) stattfinden werde. Die Delegierten folgten dem Antrag der Geschäftsleitung und fassten mit 70 gegen 2 Stimmen die Ja-Parole.

Nein sagt die Partei zur Volksinitiative «für einen Ausbau von AHV und IV». Kontrareferent *Samuel Meier* kritisierte insbesondere die von der Initiative geforderte Stärkung der 1. Säule (AHV) zulasten der 2. Säule (Pensionskassen). Die dazu nötigen Umlagerungen bezeichnete Meier als «problematisch». Gewerkschaftsvertreter und Pro-Referent *Jörimann* machte sich für diese Umlagerung stark und bezeichnete die Zielsetzung der Initiative als «richtigen Schritt zur Flexibilisierung des Rentenalters». Die Nein-Parole kam daraufhin mit 57 zu 5 Stimmen bei einigen Enthaltungen zustande. Mit grosser Mehrheit fasste der LdU zudem die Ja-Parole zur Lockerung des Gesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer (Lex Friedrich). Der Parteitag des Landesrings hatte am Samstag morgen mit Beratungen über die Leitlinien der Partei begonnen. Parteipräsidentin *Monika Weber* eröffnete die Diskussion mit einem Referat unter dem Titel «Liberalisierung, Qualifizierung – neue Arbeitsplätze». Das an einem Parteitag 1994 verabschiedete Grundsatzpapier «Eine Schweiz für das 21. Jahrhundert» setzt vier Schwerpunkte: soziale und ökologische Marktwirtschaft, Zukunft der Jugend, Integration in Europa und Transparenz des Regierungssystems. Das Papier soll Grundlage für ein Konzept sein, das an einer «Schwerpunkttagung» vom 17. Juni diskutiert und abschliessend vom Vorstand verabschiedet werden soll. Der LdU will damit die «stockende Revitalisierungsanstrengungen» vorantreiben.

Grüne klar für 10. AHV-Revision

Die «weisse Karte» zur Lockerung der Lex Friedrich

crz. Wil, 13. Mai

Die Delegierten der Grünen Partei der Schweiz (GPS) haben am Samstag im sankt-gallischen Wil ein deutliches Ja zur 10. AHV-Revision beschlossen. Eine engagierte Debatte um diese Vorlage kam nicht zustande, obschon man eine solche auf Grund einiger Vorzeichen hätte erwarten können. Einig waren sich die Delegierten der Grünen zwar, dass die vorgesehene Erhöhung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre unakzeptabel sei und bekämpft werden müsse. Einig war man sich aber auch darüber, dass die Errungenschaften der 10. AHV-Revision, die vor allem den Frauen und den Bezüglern bescheidener Einkommen zugute kommen, nicht preisgegeben werden dürften. Hier sind die Betreuungsgutschriften und das Splitting sowie die neue Rentenformel zu nennen. Mit der Erfassung von unentgeltlicher Betreuungs- und Erziehungsarbeit in der staatlichen Altersvorsorge leiste die Schweiz Pionierarbeit, sagte die Vizepräsidentin der Grünen, *Erica Hennequin*. Für sie gab es nichts anderes als ein überzeugtes Ja zur AHV-Revision. Mit 77 Ja gegen 4 Nein bei 2 Enthaltungen folgten die Delegierten diesem Votum.

Ein Ja zur AHV-Ausbau-Initiative

Damit ist für die Grünen die Frage nach dem Rentenalter der Frau allerdings nicht vom Tisch. Mit ihrer «Tandem-Initiative» visieren sie ein flexibles Rentenalter für alle an, das über eine Energiesteuer finanziert werden soll. Etwas mehr zu reden als die AHV-Revision gab in Wil die Initiative «zum Ausbau von AHV und IV» von SP und Gewerkschaftsbund. Hier stand in erster Linie die Wirksamkeit des vorgesehenen Ausbaus

zur Diskussion. Ein Delegierter wollte nicht recht glauben, dass wirtschaftlich schwächere Rentnerinnen und Rentner bei Annahme der Initiative nicht mehr auf Ergänzungsleistungen angewiesen sein sollten. Dennoch beschlossen die Grünen ein Ja zu der AHV-Ausbau-Initiative.

Die Lockerung der Lex Friedrich über den Grundstückerwerb durch Ausländer gab ebenfalls Anlass zu einer Diskussion. Das Ja des Parteivorstands des Aargauer Nationalrats, *Hanspeter Thür*, stiess bei den Welschen und den Tessiner Delegierten auf taube Ohren. Während ein Tessiner Votant für ein Nein plädierte, stellte ein Vertreter der Westschweizer den Antrag, der Vorlage mit der «Carte blanche», dem Leerzettel, zu begegnen. In der Abstimmung sprachen sich die Delegierten zunächst für ein Nein aus, stimmten darnach dem Westschweizer Antrag zu, die Stimmzettel leer einzulegen.

Ein Blick auf den Wahlkampf

Mit Blick auf die kommenden eidgenössischen Wahlen erinnerte die scheidende Präsidentin der Grünen, Regierungsrätin *Verena Diener*, an die Anliegen der Ökologie in der Politik, wobei sie mit Vorwürfen an die Adresse der Bundesratsparteien nicht sparte. Die Belastung unserer Luft mit Ozon, Stickstoff und Kohlendioxid sei zu hoch und müsse – auch politisch – bekämpft werden. Der Bundesrat aber gehe vor der Autolobby in die Knie. Darum brauche es auch nach den Wahlen im Oktober die Grünen. Diese Ansicht hielt die GPS indessen nicht davon ab, für ihre Delegiertenversammlung eine Örtlichkeit zu wählen, die nur teilweise mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen war.